

## **Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 298**

**Dezember 07/Januar 2008**

### **Ein kleiner Schritt - in die richtige Richtung**

Wie unterscheidet sich die Europäische Grundrechtecharta von der Europäischen Menschenrechtskonvention?

Am 19.Oktober 2007 stimmten die Teilnehmer des Gipfels in Lissabon (Informal Summit) dem neuen EU-Reformvertrag zu. Ein bedeutender Teil, die Charta der Grundrechte, - 1999/2000 von der ersten Europäischen Konvent verfasst und am 7.Dezember 2000 von den europäischen Institutionen unterzeichnet und veröffentlicht - wird Teil des europäischen Rechts und in allen Mitgliedsstaaten unmittelbar rechtlich bindend, abgesehen von Großbritannien und Polen, dessen vorherige Regierung auf Ablehnung beharrte. Die neue polnische Regierung kündigte jetzt an, dass es bei dieser Ablehnung bleiben wird.

Deshalb lohnt es sich zu untersuchen, wie diese Entscheidung - nach der erfolgreichen Ratifizierung des Vertrages - den Menschenrechtsschutz der europäischen Bürger beeinflusst. Die derzeitige Grundlage für den Menschenrechtsschutz in Europa ist die europäische Menschenrechtskonvention des Europarats, die - neben anderen - von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde und deren korrekte Anwendung der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg unterliegt.

Die Europäische Menschenrechtskonvention bildet also die Grundlage für die Grundrechtecharta, die in Artikel 52 ausdrücklich betont, dass " Bedeutung und Umfang dieser Rechte die gleichen sind wie die in der besagten Konvention festgelegten", so dass der von der Charta vorgesehene Schutz nicht schwächer sein darf, als der von der Konvention festgelegte. Mit anderen Worten: per Definition kann die Charta nicht schwächer sein als die Konvention.

Schwieriger zu beantworten ist die Frage, ob die Charta die Menschenrechte in der EU stärkt, indem sie entweder die Bestimmungen der Charta im Vergleich zu jenen in der Menschenrechtskonvention erweitert oder neue Rechte einführt.

Die Charta unterscheidet sich von der Menschenrechtskonvention in drei Punkten: Sie führt sehr wenige völlig neue Rechte ein. Manchmal erweitert sie den Rahmen und/oder die Bedeutung eines Rechts. Meistens allerdings präzisiert sie Elemente, welche die Menschenrechtskonvention und ihre Protokolle nur sehr allgemein behandeln, und sie fügt das case law des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Auf diese Weise bringt sie den Katalog der allgemeinen europäischen Menschenrechte auf den neuesten Stand und vereinigt sie in einem Dokument.

Was sind nun diese im Wesentlichen neuen Rechte?

- Erstens das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, ein Recht, für das QCEA seit seiner Gründung 1979 immer gekämpft hat. Es war weder von der Konvention noch von deren

Protokollen eingeführt worden. Obwohl die Formulierung sehr schwach ist, (Wehrdienstverweigerung soll eingeführt werden "in Übereinstimmung mit den nationalen Gesetzen, die die Durchführung dieses Rechts regeln"), ist die Charta immerhin das erste Dokument in der internationalen Gesetzgebung, das Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht anerkennt.

- Das Recht auf Asyl ist in der Charta vorgesehen. Aber es geht nur so weit, als dass dieses Recht im Allgemeinen anerkannt wird und sich auf die vorhandenen Dokumente im internationalen Recht bezieht, die das internationale Asylregime regeln. Eine klare Definition des Asylrechts, die die Grundlage für eine gemeinsame Asylpolitik bilden könnte, wurde nicht festgelegt.
- Die Charta sieht das Recht auf Freiheit der Kunst und Wissenschaft vor, wofür die Menschenrechts-Konvention nichts Entsprechendes enthält. Diese schützt nur die Meinungsfreiheit, aber nicht ausdrücklich die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, die frei sein soll von staatlichem Zwang.
- Sie sieht das Recht vor auf einen hohes Niveau des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes und des Rechts auf gute Verwaltung.
- Die Charta ist das erste Dokument, das das Recht zu heiraten von dem Recht, eine Familie zu gründen, abtrennt. In Artikel 9 gewährleistet sie das Recht zu heiraten und das Recht, eine Familie zu gründen und lässt veränderte Vorstellungen zu für das, was in den europäischen Gesellschaften eine Familie ausmacht.
- Als größten Unterschied zu der Menschenrechtskonvention legt die Charta eine relativ hohe Zahl von sozialen Rechten fest, wie das Recht auf faire und gerechte Arbeitsbedingungen oder das Recht auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung. Alle diese Rechte finden sich in der europäischen Sozialcharta, aber nicht in der europäischen Menschenrechtskonvention. Deshalb könnten sie möglicherweise als "neue" Rechte angesehen werden. Dafür gibt es einen vorwiegend geschichtlichen Grund: Die Mütter und Väter der Konvention waren dafür, nur die traditionellen freiheitlichen Menschen- und Grundrechte in das Dokument aufzunehmen und nicht die wirtschaftlichen und sozialen Rechte, weil sie meinten, die letzteren könnten nicht hinreichend gesetzlich durchsetzbar sein. Diese Lücke wurde dann durch die europäische Sozialcharta geschlossen, die nur dann gesetzlich bindend ist, wenn ein Mitgliedsstaat das Verfahren der Kollektivklage anzunehmen bereit war. Jetzt vereint die Charta die traditionellen Menschenrechte und die Rechte der europäischen Sozialcharta. Deshalb sollten diese Rechte im europäischen Menschenrechtskontext nicht als wesentlich neue Rechte betrachtet werden.

Außerdem gibt es Bereiche, in denen der Umfang eines Rechts erweitert, aber kein wesentlich neues Recht eingeführt wird. Hier sind einige Beispiele:

- Das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit - bereits durch das Fallrecht des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Zusammenhang mit Artikel 8 der Konvention garantiert - wird erweitert und auf Fragen der Biologie (z.B. Verbot bestimmter Gentechnik) angewendet. Das verleiht dem Recht auf persönliche Integrität eine neue Form, während das Recht als Ganzes im europäischen Menschenrechtskontext nicht neu ist.
- Das Recht auf Datenschutz, oft als "neues" Recht der Charta bezeichnet, ist nichts anderes als der Schutz des Privatlebens, den Artikel 8 der Menschenrechtskonvention garantiert. Der beabsichtigte Schutz ist jedoch umfangreicher als in der Konvention, z.B. beim Zugang zu persönlichen Daten.

In den meisten Fällen übernimmt die Charta entweder die Formulierungen der Menschenrechtskonvention oder ihrer Protokolle, oder sie formuliert explizit, was vorher bereits durch Entscheidungen des Gerichtshofs für Menschenrechte implizit Bestandteil des Menschenrechtskatalogs bildete. Hier einige Beispiele:

- Die Charta sieht ziemlich detailliert das Recht auf Schutz vor Diskriminierung (auf Nicht-Diskriminierung) für einige Gruppen vor (Frauen, Kinder, Behinderte, ältere Menschen). Das war in der Menschenrechtskonvention nicht so formuliert, dort wird Nicht-Diskriminierung nur sehr allgemein behandelt. Aber die Konvention, ihre Protokolle und die Entscheidungen des Menschenrechtsgerichtshofes zusammengenommen gewähren denselben Schutz wie die Charta. Sie ist also keine Verbesserung des gesetzlichen Schutzes. Aber wenn die separate Erwähnung dieser Gruppen die politische Wirkung erhöht, umso besser.
- Die Freiheit der Medien, die explizit von der Charta vorgesehen ist, ist Teil der von der Menschenrechtskonvention vorgegebenen Meinungsfreiheit und wurde immer in dieser Weise interpretiert. Die Wortwahl ist neu, der Inhalt nicht.

Fazit:

Im Hinblick auf die traditionellen Menschenrechte sieht die Charta nicht unbedingt einen höheren gesetzlichen Schutz vor als die Menschenrechtskonvention. Die neu eingeführten Rechte umfassen nur wenige spezielle Bereiche (z.B. Kriegsdienstverweigerung und Asyl), und diese sind nicht sehr entschieden formuliert.

Die hinzugefügten Rechte, die im "traditionellen" Menschenrechtskatalog nicht erscheinen, wie die sozialen Rechte, das Recht auf gute Verwaltung und auf einen hohen Standard des Verbraucherschutzes sind so allgemein gefasst, dass ihre praktische Durchsetzung zumindest zweifelhaft ist, was häufig von Völkerrechtlern kritisiert wird. Artikel 53 der Charta sichert zumindest denselben Schutz zu wie die Menschenrechtskonvention. In der nächsten Ausgabe von *Around Europe* werden wir die politischen Auswirkungen der Charta diskutieren.

*Lucas Guttenberg*

*Übersetzung: Christel Wieding*

## **Alles überall jederzeit zu orten**

Sie haben Ihre Schlüssel verlegt oder Ihre Brille, oder Sie haben vergessen, wo Sie Ihr Auto geparkt haben? Kein Problem. Das „Internet der Dinge“ ermöglicht Ihnen, jedes dieser Dinge über Ihren persönlichen Handcomputer aufzuspüren. Sie glauben mir nicht? Sie denken, ich habe zu viel George Orwell gelesen? 1984 ist nichts gegen die Welt von morgen.

Am 14. November 2007 gab die portugiesische Präsidentschaft ein Papier heraus, adressiert an den Rat der EU, das den Titel trägt: „On RFID - the Next Step to THE INTERNET OF THINGS (Hervorhebung durch QCEA)“, das die Ergebnisse einer Konferenz zu diesem Thema absteckt, die vom 15.-17. November 2007 in Lissabon abgehalten wurde. Ja, das Ergebnis-Papier ist dem Beginn der Konferenz um einen Tag voraus, aber das ist nur eines der Anzeichen für eine schöne neue Welt.

Was also sind RFID Chips? Es sind Radiofrequenz-Identifikations Chips. Es ist ganz einfach; man steckt einen dieser Chips irgendwo hinein - in einen Schlüssel, ein Auto, ein Paar Hosen, oder was auch immer. Man kann sie sogar Tieren oder Menschen implantieren. Dann können Sie sie durch Radio-Funkwellen überall orten. Verknüpfen Sie dies mit Computernetzwerken - wie z. B. mit dem Internet -, und schwupps ist alles überall lokalisierbar, immer.

Die EU hat erkannt, dass dies keine völlig unumstrittene Entwicklung ist. Die Kommission startete eine öffentliche Konsultation zwischen Juli und September 2006, zu der 2190 Antworten eingingen. Die durch diese Technologie aufgeworfenen Themen sind: Datenschutz, Privatsphäre und Sicherheit, Steuerung eines „INTERNET DER DINGE“, Verfügbarkeit des Radiowellen-Spektrums, Standards sowie Umwelt- und Gesundheitsaspekte.

Aber die EU betrachtet die Thematik viel stärker im Kontext des „Potentials, ein neuer Motor für Wachstum und Arbeitsplätze zu werden“, ein Satz, der sich sowohl im Wortlaut der Kommission als auch im Papier der EU-Präsidentschaft findet. Beide heben hervor, dass das Wachstum in dieser Industrie in der EU bei ca. 45% jährlich liegt und damit dem globalen Wachstumswert von knapp 60% hinterherhinkt. Mit anderen Worten, wenn wir nicht aufpassen, werden die USA, China und Indien damit das Geld verdienen statt die EU.

Aber das geht ziemlich an der Frage vorbei, ob wir dies überhaupt brauchen, in welchen Bereichen die Technologie eingesetzt werden sollte, unter welchen Bedingungen und zu wessen Nutzen. Das ist erneut ein Beispiel, in dem alle Beteiligten (und die EU und ihre Mitgliedsstaaten bilden da keine Ausnahme) so von der Attraktivität einer neuen Technologie und ihren Verdienstmöglichkeiten für deren Zubehör geblendet sind, dass die wirklichen Fragen im Hintergrund bleiben.

Angeichts der massiven Datenschutzpannen in Großbritannien in den letzten Wochen (und diese sind zweifellos keine Einzelfälle) stellt sich die Frage: wäre es nicht besser, innezuhalten und sich zu fragen, ob der mögliche Nutzen, den diese Technologie anzubieten hat, die Risiken wert ist?

Der QCEA hat diese Entwicklung auf einem Treffen in den Blick genommen, das für die Intergroup for Peace Initiatives (Interfraktionelle EU-Parlamentariergruppe für Friedensinitiativen) zur Europäischen Sicherheitsforschung organisiert wurde, die am 21. November 2007 stattfand; Ben Hayes von Statewatch und Chris Langley von Scientists for Global Responsibility sprachen beide auf dieser gutbesuchten Versammlung. Der vollständige Bericht des Treffens ist auf der QCEA Website zu finden unter [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea).

*Martina Weitsch*

*Übersetzung: Christa Dommel*

## **Effektive Terrorismusbekämpfung in Dänemark**

Der QCEA war in Kopenhagen, Dänemark eingeladen, um unseren Bericht über effektive Terrorismusbekämpfung als Teil einer Podiumsdiskussion über Interreligiösen Dialog zu präsentieren. Unsere Präsentation konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, Bedrohungen durch einen längerfristigen, präventiven Ansatz zu begegnen; die Notwendigkeit, sich stärker an globalen Werten zu orientieren; die Notwendigkeit, die Anstrengungen zu verstärken,

langwierige globale Konflikte zu lösen; und die Etablierung von konstruktivem Dialog und kulturell sensibler Bildung. Schwächen in gegenwärtigen Strategien, einschließlich der Terrorismus-Bekämpfung „in vorderster Front“ und die Fusionierung von Terrorismusbekämpfung mit geheimdienstlicher Tätigkeit waren ebenfalls Thema des Podiumsgesprächs.

Die beiden anderen Podiumsteilnehmer waren dänische Imame, die daran arbeiten, das interreligiöse Engagement und den Dialog in Dänemark zu fördern. Einer von ihnen engagiert sich für ein tieferes Verständnis zwischen Muslimen und Christen schon seit über 40 Jahren. Hier wurden praktische Beispiele vorgestellt, wie Bewusstsein wachsen kann und wie Beziehungen zwischen Minderheitengruppen und der Mehrheit in Dänemark geknüpft werden können.

Während der Diskussion kamen Fragen rund um die Definition von Terrorismus und was eine Radikalisierung erzeugt zur Sprache. Es wurde als notwendig hervorgehoben, auch das Verhalten von Staaten in die Definition von Terrorismus einzubeziehen, neben der Sorge, dass allein der Besuch des Freitagsgebets in einer Moschee manchmal als Radikalisierungsfaktor gesehen wird.

Die Sitzung war sehr produktiv, und der Bericht des QCEA wurde gut aufgenommen. Wir hoffen, dass diese Podiumsdiskussion ein Schritt zu größerem interreligiösen Engagement sein kann und zu einer effektiveren Terrorismusbekämpfung in Dänemark. Der Bericht ist unter [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea) öffentlich zugänglich.

*Matt Loffman*

*Übersetzung: Christa Dommel*